



Niederschrift

Bildungsausschuss

20. Wahlperiode – 21. Sitzung

am Donnerstag, dem 18. Januar 2024, 14 Uhr,
im ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft,
Düsternbrooker Weg 120, 24105 Kiel

Anwesende Abgeordnete

Martin Habersaat (SPD), Vorsitzender

Martin Balasus (CDU)

Dr. Hermann Junghans (CDU), in Vertretung von Patrick Pender

Peer Knöfler (CDU)

Anette Röttger (CDU)

Wiebke Zweig (CDU)

Malte Krüger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uta Röpcke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sophia Schiebe (SPD)

Christopher Vogt (FDP)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Vorstellung des ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft	5
2.	Gespräch mit dem Leiter des Landesarchivs, Prof. Dr. Dr. Rainer Hering	6
	Bericht Landesarchiv	6
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1554	
	Archive in Schleswig-Holstein: Sicherheit und digitaler Wandel	6
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1662	
3.	a) Die Bedingungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr verbessern	8
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1588	
	b) Für ein faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium	8
	Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/1608	
	c) Reform des Praktischen Jahres im Medizinstudium	8
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/1614	
4.	Schulabschluss an Förderzentren anerkennen	9
	Antrag der Fraktion des SSW Drucksache 20/826	
	Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen ziendifferenzierter Schulabschlüsse anerkennen und berufliche Orientierung weiter ausbauen	9
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/979	
5.	Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken	10
	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 20/830	
	Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen	10
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/978	

- 6. Bericht über die Unterrichtssituation 2022/23 11**
Bericht der Landesregierung
Drucksache 20/1675
- 7. Stärkung der Wissensvermittlung zu den vier nationalen Minderheiten und der Sprecher:innengruppe Niederdeutsch 13**
Antrag der Fraktion des SSW
Drucksache 20/991
- Mehr Wissen über unsere Minderheiten vermitteln 13**
Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 20/1119
- 8. Bericht des Bildungsministeriums zur Kündigung des Schulvertrags mit einem Kind mit FASD an einer schleswig-holsteinischen Privatschule am 8. Dezember 2023 14**
Berichts Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD)
Umdruck 20/2433
(dieser Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich und **vertraulich** gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung beraten)
- 9. Umgang mit der Schulpflicht bei angekündigten Protestaktionen oder Streiks, die den ÖPNV und die Verkehrsinfrastruktur behindern 15**
Berichts Antrag der Fraktion des SSW
- 10. Information/Kennntnisnahme 16**
Umdruck 20/2316 – Unterrichtsversorgung Umdruck 20/2364 – Fachbereich Gesundheit in Neumünster Umdruck 20/2423 – Kleingruppen für autistische Schüler Umdruck 20/2428 – 36. Veranstaltung „Jugend im Landtag“
- 11. Verschiedenes 17**
- 12. Kinder- und Jugendgewalt eindämmen und Hintergründe stärker beleuchten 18**
Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW
Drucksache 20/1193
- Kinder- und Jugendgewalt: Ursachen beleuchten und Hilfemaßnahmen einleiten 18**
Alternativantrag der Fraktion der SPD
Drucksache 20/1241

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung mit der Änderung gebilligt, dass die Tagesordnungspunkte 3 und 7 auf die nächste Sitzung vertagt werden.

1. Vorstellung des ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft

[Umdruck 20/2564](#)

Frau Dr. Siegfried, Leiterin Marketing und Public Relations, stellt die Arbeit des ZBW vor ([Umdruck 20/2564](#)).

2. **Gespräch mit dem Leiter des Landesarchivs, Prof. Dr. Dr. Rainer Hering**

Bericht Landesarchiv

Antrag der Fraktion der SPD
[Drucksache 20/1554](#)

Archive in Schleswig-Holstein: Sicherheit und digitaler Wandel

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/1662](#)

(überwiesen am 24. November 2023)

Herr Dr. Hering berichtet über Aufgaben und Herausforderungen des Archivwesens, das ein zentrales Element des demokratischen Rechtsstaats sei. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet er, zentrale Aufgabe des Landesarchivs sei es, die Überlieferung rechtssicher zu sichern. Die Erfüllung dieser und weiterer Aufgaben (zum Beispiel Digitalisierung) hänge von den zur Verfügung stehenden Ressourcen ab. Eine (Optimierung der) Archivierung der Quellen und Beiträge des öffentlichen Rundfunks wäre sinnvoll. Das Landesarchiv sei räumlich gut aufgestellt und benötige über den geplanten Magazinbau hinaus keine weiteren Räume. Die Bestandserhaltung (insbesondere von säurehaltigem Papier) sei eine Daueraufgabe, die finanzielle und personelle Ressourcen erfordere. Die analoge Archivierung sei deutlich günstiger als die digitale Archivierung. Das Landesarchiv baue einen digitalen Lesesaal auf, sodass digitale Unterlagen in einigen Jahren möglicherweise auch von zu Hause aus eingesehen werden könnten.

Das Landesarchiv, bei dem alle Stellen besetzt seien, bilde gezielt aus, um frei werdende Stellen, insbesondere auch in den Kommunen, qualifiziert nachbesetzen zu können. Der Kreis Ostholstein habe nach wie vor kein eigenes Archiv. Man arbeite eng mit dem kommunalen Bereich zusammen, in dem es große Desiderate gebe; bei den Körperschaften öffentlichen Rechts gebe es noch größeren Handlungsbedarf. Das Archivgesetz habe sich im Grundsatz bewährt. Wünschenswert wäre, die Verpflichtung aufzunehmen, das Landesarchiv bei Einführung neuer digitaler Verfahren in der Verwaltung rechtzeitig vorher darüber zu informieren. Die regelmäßige Erstellung eines Landesarchivberichts wäre mit zusätzlichem Aufwand verbunden, und er, Herr Dr. Hering, könnte nur über das Landesarchiv berichten, aber nicht über die Archivierung in den Kommunen oder Körperschaften öffentlichen Rechts.

Der Bildungsausschuss würdigt die Arbeit des Landesarchivs und bedankt sich bei Herrn Dr. Hering für sein Engagement.

Die Fraktionen streben an, sich bis zur nächsten Ausschusssitzung auf einen interfraktionellen Antrag zu verständigen.

3. a) Die Bedingungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr verbessern

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1588](#)

b) Für ein faires Praktisches Jahr (PJ) im Medizinstudium

Antrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/1608](#)

c) Reform des Praktischen Jahres im Medizinstudium

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/1614](#)

(überwiesen am 24. November 2023)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung, am 15. Februar 2024, vertagt.

4. Schulabschluss an Förderzentren anerkennen

Antrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 20/826](#)

Leistungen von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Rahmen zieldifferenter Schulabschlüsse anerkennen und berufliche Orientierung weiter ausbauen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 20/979](#)

(überwiesen am 12. Mai 2023)

hierzu: [Umdrucke 20/1811](#), [20/1977](#), [20/1979](#), [20/1980](#), [20/1986](#),
[20/1987](#), [20/2024](#), [20/2049](#), [20/2054](#), [20/2058](#),
[20/2059](#), [20/2061](#), [20/2083](#)

Bildungsstaatssekretärin Dr. Stenke teilt mit, zukünftig werde die Statistik geändert: Die Abschlüsse der Förderzentren seien anerkannt. Sie würden erfasst und explizit ausgewiesen. An keiner Stelle werde von einem Schulabbruch gesprochen, auch nicht davon, dass kein Abschluss vorliege. Innerhalb der Kategorie „Kein ESA“ werde differenziert nach Abschluss „FöZ Lernen“, „FöZ GE“ und „ohne Abschluss“.

Abgeordnete Waldinger-Thiering begrüßt diesen Fortschritt. Sie bittet das Bildungsministerium, zur nächsten Sitzung über Kooperationsprojekte der Förderzentren mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung mit berufsbildenden Schulen (ÜSB-INKLUSIV), die Flexmaßnahmen sowie über das Handlungskonzept STEP zu berichten.

Die Beratung soll in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden.

5. Politische und wirtschaftliche Bildung in den Schulen stärken

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 20/830](#)

Stärkung der politischen und ökonomischen Bildung fortsetzen

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/978](#)

(überwiesen am 14. Juni 2023)

hierzu: [Umdrucke 20/1813](#), [20/1965](#), [20/1985](#), [20/1991](#), [20/1995](#),
[20/1998](#), [20/2005](#), [20/2006](#), [20/2007](#), [20/2038](#),
[20/2047](#), [20/2048](#), [20/2050](#), [20/2053](#), [20/2066](#),
[20/2067](#), [20/2075](#), [20/2081](#)

Auf Fragen aus dem Ausschuss bekräftigt Staatssekretärin Dr. Stenke das Ziel, die wirtschaftliche Bildung in der Breite zu stärken. Bildungsministerium/Schulaufsicht und Joachim Herz Stiftung unterstützten die Schulen beim Thema Entrepreneurship Education. Das Bildungsministerium beteilige sich an der interministeriellen Arbeitsgruppe „Social Entrepreneurship Strategie SH“, für die die Federführung beim Wirtschaftsministerium liege, bewerbe diesen Schwerpunkt wie alle anderen Schwerpunkte des Landeskonzepts, sei auf diesem Gebiet international vernetzt und werde die Landeskoordinationsstelle zum 1. Februar 2024 besetzen können. Inwieweit man Entrepreneurship Education noch im laufenden Schuljahr zum Schwerpunkt mache, sei noch nicht entschieden.

Der Bildungsausschuss will in der nächsten Sitzung auf der Grundlage eines Vorschlags des Vorsitzenden über die Durchführung eines Fachgesprächs befinden.

6. Bericht über die Unterrichtssituation 2022/23

Bericht der Landesregierung
[Drucksache 20/1675](#)

(überwiesen am 13. Dezember 2023)

Staatssekretärin Dr. Stenke führt in den Bericht ein. Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet sie, Zahlen zum Direkteinstieg an berufsbildenden Schulen werde sie dem Ausschuss mitteilen. - Im Nachgang zur Sitzung übersendet das Bildungsministerium nachstehende Übersicht:

Direkteinstieg						
	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Lehramtsbefähigung an berufsbildenden Schulen	3	3	4	1	1	--

Der Glasfaserausbau schreite erfolgreich voran; Ziel sei, an allen Schulen die erforderlichen Lernbedingungen zu schaffen. Es sei bedauerlich, wenn geplante Doppelbesetzungen im Unterricht nicht realisiert werden könnten; man unterstütze die Schulen durch zusätzliche Unterstützungslehrkräfte, „Aufholen nach Corona“, die Aufstockung des Vertretungsfonds und Schulassistenzen. In Zukunft müssten Schülerinnen und Schüler noch besser beim Lernen unterstützt werden (regelmäßiges Lesen, Überprüfung von Kompetenzen). Die Zahl der an der EUF ausgebildeten Lehrkräfte werde sich in den kommenden Jahren erhöhen.

Auf eine Frage des Abgeordneten Vogt erwidert Herr Dr. Gantz, Leiter des Referats Rechtliche Grundsatzangelegenheiten der Digitalisierung der Schulen, Förderprogramme zur Digitalisierung der Schulen im Bildungsministerium, bei den noch nicht gebundenen DigitalPakt-Mitteln

von 9 Millionen Euro handele es sich im Wesentlichen um Restmittel für länderübergreifende Vorhaben, die die Länder gegenüber dem Bund bis zum 30. Juni 2025 abrechnen müssten.

Einstimmig empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Im Nachgang der Sitzung beantwortet das Bildungsministerium eine Frage des Abgeordneten Vogt und korrigiert die Tabelle auf Seite 17 des Berichts zum Anwärterzuschlag wie folgt:

Kreis	Einstellungstermine				Summe	
	Aug 22		Feb 23			
	mit AWSZ	ohne AWSZ	mit AWSZ	ohne AWSZ	mt AWSZ	ohne AWSZ
Dithmarschen						
Grundschule	2	6	3	5	5	11
Sonderpädagogik	0	1	0	0	0	1
Herzogtum Lauenburg						
Grundschule	2	8	3	3	5	11
Sonderpädagogik	0	0	1	2	1	2
Segeberg						
Grundschule	1	9	7	11	8	20
Sonderpädagogik	3	2	2	6	5	8
Steinburg						
Grundschule	4	7	2	5	6	12
Sonderpädagogik	0	1	2	0	2	1
Summe						
Grundschule	9	30	15	24	24	54
Sonderpädagogik	3	4	5	8	8	12

Die Frage des Vorsitzenden, ob EVA jahrgangswise ausgewiesen werden könne, verneint das Bildungsministerium. Die Abfrage enthalte keine Jahrgänge, aber die Bildungsstufen (Primarstufe, Sekundarstufe I und II). In Tabelle 4.4 im Anhang seien die Ergebnisse zum nicht-planmäßigen Unterricht nach Maßnahmart für beide Schulhalbjahre dargestellt. Die unterste Zeile enthalte jeweils den Anteil von EVA. Die Zahlen für die Oberstufe seien für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe jeweils abgebildet.

7. Stärkung der Wissensvermittlung zu den vier nationalen Minderheiten und der Sprecher:innengruppe Niederdeutsch

Antrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 20/991](#)

Mehr Wissen über unsere Minderheiten vermitteln

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/1119](#)

(überwiesen am 14. Juni 2023)

hierzu: [Umdrucke 20/1873](#), [20/2120](#) (neu), [20/2125](#), [20/2195](#),
[20/2199](#), [20/2200](#), [20/2202](#), [20/2205](#), [20/2207](#),
[20/2208](#), [20/2209](#), [20/2211](#), [20/2215](#), [20/2216](#),
[20/2224](#), [20/2225](#), [20/2226](#), [20/2277](#)

Dieser Tagesordnungspunkt wird auf die nächste Sitzung, 15. Februar 2024, vertagt.

8. Bericht des Bildungsministeriums zur Kündigung des Schulvertrags mit einem Kind mit FASD an einer schleswig-holsteinischen Privatschule am 8. Dezember 2023

Berichts Antrag der Abgeordneten Sophia Schiebe (SPD)
[Umdruck 20/2433](#)

(dieser Tagesordnungspunkt wird nicht öffentlich und **vertraulich** gemäß Artikel 23 Absatz 3 Satz 3 Landesverfassung in Verbindung mit § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Geschäftsordnung beraten)

In vertraulicher Sitzung (von 16:40 bis 16:45 Uhr) nimmt der Ausschuss einen kurzen Bericht des Bildungsministeriums entgegen.

Herr Grundmann, Leiter des Referats Schulen in freier Trägerschaft, schulrechtliche Angelegenheiten der berufsbildenden Schulen und Regionale Berufsbildungszentren, Minderheitenförderung im Bildungsministerium, berichtet, dass das Förderzentrum Friedrichshulde den Schulvertrag mit Wirkung zum 31. Januar 2024 gekündigt habe, sei rechtlich zulässig. Der betroffene Schüler werde seit dem 15. Januar 2024 an der Grundschule Hasloh inklusiv beschult. Mit dem Förderzentrum Friedrichshulde werde man Anfang Februar 2024 ein rechtsaufsichtliches Gespräch führen, in welchem der Sachverhalt weiter aufgeklärt und die besondere Verantwortung der Schule bei der Beschulung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf thematisiert werden sollten.

9. Umgang mit der Schulpflicht bei angekündigten Protestaktionen oder Streiks, die den ÖPNV und die Verkehrsinfrastruktur behindern

Berichtsantrag der Fraktion des SSW

Staatssekretärin Dr. Stenke weist auf die Schwierigkeit hin, regionale Ereignisse zu antizipieren. Nach Abwägung der Umstände habe das Ministerium entschieden, nicht allzu alarmistisch zu agieren, und am Sonntag auf der Homepage einen Hinweis auf die am Montag geplanten Treckerdemonstrationen gegeben. Wenn Eltern für ihre Kinder auf dem Schulweg eine Gefährdungssituation sähen, sei es in Ordnung, wenn sie die Schule informierten und ihr Kind für den Tag entschuldigten.

Abgeordneter Krüger thematisiert die Frage, ab welchem Punkt Schulausfall beschlossen werde und wie der Abwägungsprozess laufe.

10. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/2316](#) – Unterrichtsversorgung
- [Umdruck 20/2364](#) – Fachbereich Gesundheit in Neumünster
- [Umdruck 20/2423](#) – Kleingruppen für autistische Schüler
- [Umdruck 20/2428](#) – 36. Veranstaltung „Jugend im Landtag“

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

11. Verschiedenes

Nächste Sitzungen:

- Donnerstag, 15. Februar, 11:30 Uhr Haushaltsberatungen, 15 Uhr Bildungsausschuss
- Plenarmittwoch, 21. Februar, 13:30 bis 15 Uhr, Beratung über die PISA-Ergebnisse mit Prof. Dr. Köller
- Donnerstag, 14. März, 14 Uhr, Bildungsausschuss (u. a. Zukunft der Fachhochschulen)
- Freitag, 15. März, 10 bis 18 Uhr, Fachgespräch zum Thema Jugendgewalt
- Donnerstag, 25. April, 14 Uhr, Fachgespräch Schulischer Ganztag

Am 10. Oktober 2024 will der Bildungsausschuss eine ganztägige Bereisung durchführen und unter anderem das Max-Planck-Institut für Evolutionsbiologie in Plön besuchen.

12. Kinder- und Jugendgewalt eindämmen und Hintergründe stärker beleuchten

Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW

[Drucksache 20/1193](#)

Kinder- und Jugendgewalt: Ursachen beleuchten und Hilfemaßnahmen einleiten

Alternativantrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1241](#)

(überwiesen am 14. Juli 2023 an den **Bildungsausschuss**, den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Nach der Sitzung einigen sich die Fraktionen über die Strukturierung des geplanten Fachgesprächs am 15. März 2024.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Habersaat, schließt die Sitzung um 17:05 Uhr.

gez. Martin Habersaat
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer